

Kurzbericht

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung (10. Sitzung am 24. Oktober 2013)

Beratungsthemen:

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

1. Eingaben

Der Ausschuss behandelte fünf Eingaben.

Öffentlicher Sitzungsteil

2. Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA - Interessen Niedersachsens wahren, europäische Standards sichern

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/458](#)

Der Ausschuss stellte die Antragsberatung im Hinblick auf die beabsichtigte Erarbeitung eines nach Möglichkeit von allen Fraktionen getragenen Entschließungstexts zurück.

3. Landesregierung muss bei EU-Förderperiode 2014 bis 2020 auf bedarfsgerechte und regional ausgewogene Schwerpunktsetzung achten!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/267](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung über den Entwurf der operationellen Programme

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen, führte darüber eine Aussprache. Die Landesregierung sagte zu, dem Ausschuss Unterlagen über die Regionalkonferenz vom Vortage zur Verfügung zu stellen..

4. Beschlussfassung über den Antrag der CDU - Fraktion auf Unterrichtung des Ausschusses zur geplanten Umstrukturierung des LGLN im Zusammenhang mit der Einsetzung von Regionalbeauftragten

Der Ausschuss beschloss, die von der CDU-Fraktion beantragte Unterrichtung durch die Landesregierung am 7. November 2013 in einem gemeinsamen Sitzungsteil mit dem Ausschuss für Inneres und Sport und mit dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft Verbraucherschutz und Landesentwicklung entgegenzunehmen.

5. Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union

a) Unterrichtung der Landesregierung über

- den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Beteiligung der Union an einem von mehreren Mitgliedstaaten gemeinsam durchgeführten Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Unterstützung Forschung betreibender kleiner und mittlerer Unternehmen COM(2013) 493 final Bundesratsdrucksache 584/13 (schriftlich)
- die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäische Hochschulbildung in der Welt

COM(2013) 499 final
Bundratsdrucksache 582/13 (schriftlich)

- den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen

COM(2013) 516 final
Bundratsdrucksache 581/13 (schriftlich)

- die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Nach 2015: Auf dem Weg zu einem umfassenden und integrierten Konzept für die Finanzierung von Armutsbeseitigung und nachhaltiger Entwicklung
Bundratsdrucksache 619/13 (schriftlich)

- die 62. Europaministerkonferenz

- den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für den Zugang zum Markt für Hafendienste und für die finanzielle Transparenz der Häfen

COM(2013) 296 final
Bundratsdrucksache 439/13

hier: aktueller Sachstandsbericht

- den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen

COM(2013) 236 final
Bundratsdrucksache 345/13

hier: aktueller Sachstandsbericht

- b) **Festlegung der evt. Unterrichtungen** durch die Landesregierung zu den dem Ausschuss mit Schreiben der Landtagsverwaltung bis Sitzungsbeginn überwiesenen EU-Vorlagen

Der Ausschuss nahm die schriftlichen Unterrichtungen zu den Bundratsdrucksachen 619/13, 581/13, 582/13 und 584/13 zur Kenntnis. Eine Aussprache wurde nicht gewünscht.

Der Ausschuss nahm die schriftliche Unterrichtung über die 62. Europaministerkonferenz zur Kenntnis. Auf seine Bitte hin sagte die Landesregierung zu, ihm zu seiner näheren Information künftig vor jeder Europaministerkonferenz vorbereitende Unterlagen, versehen mit den jeweiligen Positionierungen des Landes Niedersachsen, vorzulegen.

Der Ausschuss nahm einen mündlichen aktuellen Sachstandsbericht durch das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr zu der Bundratsdrucksache 439/13 entgegen und vereinbarte in der Aussprache auf Anregung der Fraktion der SPD, einen von allen Fraktionen getragenen Entschließungsantrag zu der Initiative der Kommission zu erarbeiten.

Der Ausschuss nahm einen mündlichen aktuellen Sachstandsbericht des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zu der Bundratsdrucksache 345/13 entgegen und vereinbarte in der Aussprache auf Anregung der Fraktion der CDU im Hinblick darauf, dass

zum 1. Januar 2014 Erleichterungen in Kraft treten, mit denen Rumänien und Bulgarien an die volle Freizügigkeit herangeführt werden, noch in 2014 eine Anhörung zum Thema „Freizügigkeitsrichtlinie, dadurch drohende Armutsmigration und deren Folgen für die Kommunen“ durchzuführen. Die Fraktionen verabredeten, am Rande der Plenarsitzungen Ende Oktober den Kreis der Anzuhörenden zu benennen und in der Ausschusssitzung am 7. November 2013 letzte Verfahrensfragen zu klären.

Der Ausschuss verzichtete auf die Festlegung von Unterrichtungen durch die Landesregierung zu den dem Ausschuss mit Schreiben der Landtagsverwaltung bis Sitzungsbeginn überwiesenen EU-Vorlagen. Auf Wunsch der Fraktion der SPD verständigte er sich aber darauf, eine schriftliche Unterrichtung über die „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen- Die Bildung öffnen: Innovatives Lehren und Lernen für alle mithilfe neuer Technologien und frei zugänglicher Lehr- und Lernmaterialien“ - COM (2013) 654 final - Bundesratsdrucksacke 709/13 - entgegenzunehmen.

Auf Wunsch der Fraktion der SPD vereinbarte der Ausschuss, sich durch die Landesregierung einen mündlichen Sachstandsbericht über die Planungen der Europäischen Kommission zur Finanzierung des Ausbaus der transeuropäischen Netze, gegliedert in die Bereiche Strom, Gas, Wasserweg, Schiene, Straße, geben zu lassen. Die Landesregierung sagte zu, dem Ausschuss bis zu dessen Sitzung am 7. November 2013 zunächst einen schriftlichen Sachstandsbericht zu geben.

6. Verschiedenes

Der Ausschuss vereinbarte, im Rahmen einer auswärtigen Sitzung am 5. Dezember 2013 in der Landesgeschäftsstelle der GIZ GmbH ein Informationsgespräch zu führen.